

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet jährlich den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 A., halbjährig 5 A. 50 Kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 A., halbj. 6 A. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 Kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 A., halbj. 7 A. 50 Kr.



Insertionsgebühr für eine Harmond-Spaltenspalte oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 Kr., für 2malige 8 Kr., für 3malige 10 Kr. u. s. w. In diesen Gebühren ist noch der Injectionsstempel per 20 Kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 Kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 Kr. für 2 Mal und 90 Kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Injectionsstempels.)

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

S. 1. 1. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 16. Dezember d. J. den Septemvir Georg v. Stojakovic zum Hofrath und Referendar der königl. ungarischen Hofkanzlei allergnädigst zu ernennen geruht.

Das Staatsministerium hat dem Titular-Stattbaltterei-Sekretär Anton Glawka eine erledigte systemmäßige Sekretärstelle bei der Statthalterei in Böhmen verliehen.

Das Finanzministerium hat den Post-Offizial erster Klasse, Peter Bretsch in Wien, zum Postamtsverwalter in Ziume ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 20. Dezember.

Die Berichte über die Sitzungen des Abgeordnetenhauses am 17. und 18. d. M. absorbiren so ziemlich alles Interesse. Dem am 18. d. M. gefassten Beschlusse, das Haus wolle in die Berathung der Budgetvorlage eingehen, brauste wieder ein Sturm nationaler Leidenschaft vorher, wie er schon einige Male gebildet wurde. Es ist schon geradezu edelhaft, die Sophismen, Trugschlüsse, vagen Behauptungen und separatistischen Selbstüberschätzungen zu lesen, welche immer und immer wieder vorgetragen werden, und doch bei keinem Vernünftigen verfangen wollen, selbst wenn sie Dr. L. Rieger mit Gleichnissen in der Manier der „Narodni listy“ ausschmückt. Die Völker Oesterreichs werden den Beschluß des Abgeordnetenhauses mit Freuden begrüßen, denn er ist der erste Schritt zum Besseren; sie werden darin eine Aufforderung erblicken, auch ihrerseits mit allen Kräften an der Heilung der finanziellen Schäden mitzuwirken.

Was von den Rednern gegen den Auszubaustrag vorgebracht wurde, hat in der Rede des Herrn Staatsministers, die wir heute weiter unten bringen, die glänzendste Widerlegung gefunden. Es sind Worte aus dem Borne tiefster Ueberzeugung geschöpft, und enthalten so viel des Wahren und Treffenden, daß die öffentliche Meinung in Europa und Oesterreich sich nicht bestanen wird, wenn sie den Preis in diesem Wettkampfe der Meinungen zuerkennen hat.

Neun und dreißig Mitglieder der Reichsrath haben erklärt, sich an der Budgetberathung nicht theilnehmen zu wollen. Sie, welche über Kontumazierung einiger Länder klagen, kontumaziren sich selbst. Wir zweifeln, daß sie den Dank ihrer Kommittenten dafür ernten werden, mögen diese Kommittenten nun nach ihrer jedenfalls irrigen Auffassung die Landtage, mögen es die Wähler und Wahlmänner sein. Die Staatsfinanzen sind ein sehr unwirksames Interesse, und kein in Oesterreich Lebender kann sich auf den Follstempel erkäufelter Kompetenzbedenken legen, ohne von der Art der Erledigung desselben berührt zu werden.

Sitzung des Hauses der Abgeordneten

am 18. Dezember.

(Schluß.)

Er. Erz. der Hr. Staatsminister erhält das Wort. Er. Erz. Ritter v. Schmerling: Der Standpunkt, den die Regierung Sr. Majestät in der Frage eingenommen hat, deren Erörterung dieses h. Haus so eben beschäftigt, ist in der Regierungsvorlage, wie ich glaube, so klar und so bestimmt bezeichnet, daß darüber wohl kaum ein Zweifel bestehen könnte. Aber

jene Bemerkungen, die von Seite der geehrten Redner heute vorgebracht wurden, alle diese Bedenken, die sie gegen den Schritt geäußert haben, den die Regierung unternommen hat, sie sind den Erwägungen des Ministeriums nicht fremd geblieben. Das Ministerium hat nur zu sehr erkannt, daß es sich um einen Gegenstand von großer Wichtigkeit, von großer Tragweite handelt, daß das „Für“ und das „Wider“ gegen diesen Schritt der sorgfältigsten Erwägung würdig sei, und es hat daher auch in der That diese Erwägung eintreten lassen. Wenn es demungeachtet zu dem Beschlusse gekommen ist, der in dem kaiserlichen Willen seinen Ausdruck gefunden, so waren es in der That vorwiegende gewichtige Gründe, gewichtige Gründe des Rechtes, gewichtige Gründe der politischen Bedeutung, die entschieden haben.

Diese, wenn auch nur in gedrängter Weise dem hohen Hause neuerdings bekannt zu geben, und dadurch die Einwendungen zu widerlegen, die von den geehrten H. H. Rednern heute vorgebracht worden sind, ist eine Pflicht. Es ist vor Allem bemerkt worden, daß durch den Schritt, den die Regierung unternommen hat, die Verfassung verletzt werde. Meine Herren! Die Regierung ist der Meinung, daß sie sich eine Verfassungsverletzung in keiner Weise vorzuwerfen hat, sie würde sonst nie den Schritt der a. h. Genehmigung empfehlen, sie würde sonst nie gethan haben, was durch die kais. Entscheidung nun ins Werk gesetzt wird. Sie erkennt in diesem Schritte in keiner Weise eine Verfassungsverletzung. Jenen Weg, den sie damit anbahnen wollte, hat die Regierungserklärung klar gekennzeichnet, sie hat erkannt, daß der Weg, den sie betrat, nicht buchstäblich seine Entscheidung in der Verfassung finde, daß er aber in keiner Weise mit der Verfassung im Widerspruche sei, und an dem Gedanken hält sie heute noch fest. Wenn es sich um den Rechtsstandpunkt handelt, wenn es sich fragt, ob durch diesen Schritt irgend ein Recht verletzt werde, so muß man von dem abstrakten Rechte absehen. Es gibt kein abstraktes Recht, es gibt kein Recht für Objekte, es gibt nur ein Recht für Subjekte, und in der Richtung erlaube ich mir nun es einer weiteren Erörterung zu unterziehen, ob durch diesen Schritt irgend ein Recht eines Subjektes verletzt werden kann.

Die Herren Redner, die heute das Wort ergriffen haben, haben diese Verletzung in einer dreifachen Richtung vorhanden erkannt. Sie haben verneint, es werden dadurch die Rechte der Krone geschmälert, es werde dadurch über die Rechte der Versammlung hinausgegriffen, es werde dadurch in die Rechte eingegriffen jener Königreiche und Länder, die bis zur Stunde ihre Vertretung im Hause nicht gefunden haben. Was die angebliche Verletzung des Rechtes der Krone betrifft, so müssen die Rathgeber der Krone, deren Namen unter dem Patente vom 26. Februar stehen, vor Allem Das für sich in Anspruch nehmen, daß sie zur Wahrung der Rechte der Krone einen Paragraph in denselben aufgenommen haben, von dem sich im Diplome vom 20. Oktober keine Spur findet, den §. 13. Nach dem Wortlaute des a. h. Diploms vom 20. Oktober würde der Souverän gar nie in die Lage gekommen sein, Steuern im Verordnungswege auszusprechen, für die Bedürfnisse des Staates im Verordnungswege zu sorgen, denn wenn der Wortlaut des Diploms im Auge behalten wird, so würden diese Rechte unbedingt an die Zustimmung des Reichsraths geknüpft sein. Wenn daher in §. 13 der Krone das Recht gegeben ist, ausnahmsweise im Verordnungswege eine so wichtige Frage zu lösen, so sind in der That dadurch die Rechte der Krone erweitert worden und es kann daher die gegenwärtigen Rätze der Krone in keiner Weise auch nur entfernt der Vorwurf treffen, als ob dieser Schritt irgendwie dahin führte, die Rechte der

Krone zu beschränken. Wenn aber das Recht der Krone unbestritten feststeht und neuerdings konstatiert wurde, nach §. 13 der Verfassung vorzugehen, so ist das Recht der Krone nicht beschränkt, wenn der Träger der Krone einen Akt der Gnade und der Großmuth übt. Er hat diesen Akt der Gnade und Großmuth geübt, indem Er freiwillig für diesen Ausnahmefall von dem Rechte des §. 13 Umgang nehmen will und ein Recht, das Ihm allein ungetheilt zugesprochen hätte, mit seinen getreuen Vätern theilen will. (Bravo links und im Centrum.) Ich erkenne daher in diesem Schritte in keiner Weise eine Beschränkung der Rechte der Krone und ich will Dem nur beifügen, daß, wenn die Krone durch diesen Akt der Hochherzigkeit Dankbarkeit hervorruft und die treuen Völker aufruft, sich an diesem großen und wichtigen Akte zu betheiligen, so wird sie ihre Macht und ihren Glanz nicht trüben, sie wird ihn erhöhen. (Lebhafter Beifall links und im Centrum.)

Was die Befugnisse dieser hohen Versammlung betrifft, so muß ich vor Allem der Anschauung begegnen, als wären es die Landtage gewesen, die den Abgeordneten des Reichsrathes ein Mandat gegeben. Die Landtage haben dieses Mandat nicht gegeben, die Bevölkerung hat gewählt, die Landtage wären nur der weitere Wahlkörper für den Reichsrath. (Rufe: Sehr gut! und lebhaftes Bravo links und im Centrum.) Es handelt sich nicht um das Mandat der Landtage, sondern um das der Bevölkerung. Die Wahlmänner sind es, die dieses Mandat gegeben, und dazu befugt waren, und, meine Herren, die Wahlmänner werden keinen Moment daran zweifeln, daß Sie ihren Wünschen entsprechen, wenn Sie bei der heutigen Frage... (Die letzten Worte des Satzes wurden von den lebhaften Beifallsbezeugungen der Linken und des Centrum überhört.) Ich spreche nur davon, meine Herren, es würden mit diesem Akte die Rechte und Befugnisse jener Königreiche und Länder angegriffen werden, die heute bis zur Stunde ihre Plätze in diesem Reichsrathe nicht eingenommen haben. Als am 26. Februar das Einberufungsschreiben Sr. Majestät des Kaisers kundgegeben ward, da war dasselbe an alle Königreiche und Länder gerichtet, sie wurden alle aufgerufen, ihre Plätze in diesem Saale einzunehmen; wenn nicht alle entsprachen, so muß es die Regierung bedauern, aber sie kann sich dadurch in Dem nicht irre machen lassen, was nach ihrer eigenen Ueberzeugung zum Wohle des Ganzen geschehen soll und geschehen muß. Die Regierung hat gegenüber dieser höchst wichtigen Frage, gegenüber den Folgen, die jene treffen sollen, die der Aufforderung zur Wahl zum Reichsrathe nicht entsprechen, wie ich glaube, den allerschönendsten Weg eingeschlagen.

Es ist heute an mich die Frage gerichtet worden, warum die Regierung sich nicht offen darüber ausgesprochen habe, ob sie eine Kontumazierung zu Recht bestehend erkannt hätte; ich spreche es nun unumwunden aus, die Regierung hätte erkannt, im Rechte zu sein, Ungarn und Kroatien zu kontumaziren, denn es ist die Aufforderung an den ungarischen und kroatischen Landtag ergangen, zu wählen, und es ist der Aufforderung nicht entsprochen worden, und so treffen die Folgen jene, die ihrer Pflicht nicht nachgekommen sind. Die Regierung wäre im Rechte gewesen, diese Kontumazierung auszusprechen, sie hat den schonenderen Weg gewählt, vorläufig noch in jenen Königreichen und Ländern den alleinigen souveränen Willen walten zu lassen, wo die Wahl zu dem Reichsrathe nicht vorgenommen wurde. Aber damit ist, meine Herren, für diese Königreiche und Länder kaum ein Nachtheil erfolgt. Wenn wir überhaupt überzeugt sind, daß konstitutionelle Formen geschaffen werden, um Garantien den Völkern zu bieten, kann in der konstitutionellen Behandlung so wich-

tiger Fragen, wie Finanzvorlagen sind, nicht ein Schaden für Dieseligen entstehen, die an der Behandlung nicht theilnehmen. Wenn die Finanzvorlagen gründlich erwogen, wenn die wichtigsten Fragen, die darin involviren, nach allen Richtungen hin beleuchtet und entschieden werden, dann wird Denjenigen, die an der Verathung nicht theilgenommen haben, wahrlich nicht ein Schade zugefügt, sondern es wird ihnen vielmehr ein Vortheil erwachsen, und diesen Vortheil wollen wir recht gerne Jenen gönnen, die es verschmäht haben, an unseren Verathungen Theil zu nehmen. Ich erkenne daher darin, daß heute diese Versammlung in die Verathung, wie ich hoffe, einzugehen sich entschließen wird, für die anderen, im engeren Reichsrathe nicht vertretenen Königreiche und Länder gar keinen Nachtheil, ich erkenne nur Vortheile für sie. Und nun, meine Herren, ich habe mir erlaubt, in Kurzem darzustellen, daß ich vermeine, daß vom rechtlichen Standpunkte durch diesen Schritt, den wir empfehlen, in keiner Weise irgend ein Verfassungsbruch geschehen ist, daß nicht eingegriffen wurde in das Recht der Krone, nicht in das Recht der Landtage, nicht in das Recht des engeren Reichsrathes, nicht in das Recht jener Königreiche und Länder, die in dem Reichsrathe ihre Vertretung nicht gefunden haben.

Allein, meine Herren, wie ich mir schon ein Mal erlaubt habe, mit aller Offenheit auszusprechen, große politische Fragen sind nicht nur vom Standpunkte des starren Rechtes zu besprechen und zu behandeln, sie sind auch vom Standpunkte der Staatsweisheit in Erwägung zu ziehen. Da eine Rechtsverletzung durch den vorgenommenen Akt nach meiner innigsten Ueberzeugung in keiner Weise geschehen ist, so ist es erlaubt, jene Gründe ins Gewicht fallen zu lassen, welche vom politischen Standpunkte für die Behandlung dieser Frage sprechen. Ich glaube nun, meine Herren, wenn heute nach verschiedenen Richtungen hin die Zweckmäßigkeit des Regierungskalküls verneint worden ist, daß der gesunde Sinn der Bevölkerung, der hier in der Majorität des Hauses, wie ich hoffe, seinen entscheidenden Wiederhall finden wird, der Regierung Dank wissen wird, daß sie die Entscheidung der Finanzfrage sobald als möglich unter die konstitutionelle Mitwirkung gestellt hat. Die Versammlung selbst, die in dem Begriffe ist, an die Ausübung ihres bedeutendsten konstitutionellen Rechtes zu gehen, die Versammlung selbst, die, wie ich hoffe, diesem wichtigen Beruf in unermüdetem Eifer und mit Hingebung sich widmen wird, sie wird mir an moralischer Kraft gewinnen Angesichts von ganz Oesterreich, und dieses Gewicht, meine Herren, ist der größte Gewinn, der dem Verfassungsleben entstehen kann. Wenn die Versammlung, die berufen ist, das gesammte Volk zu vertreten, an moralischer Kraft gewinnt, so ist Das vom entschiedenem Vortheil für das ganze Reich, für die Macht, für die Größe von Oesterreich. (Bravo links und im Centrum.)

Ich glaube aber auch, meine Herren, daß abgesehen davon, die Regierung selbst Gewinn aus diesem Schritte zieht. Sie hat damit ihre offene, unumwundene Meinung kundgegeben, daß ihr Bestreben, konstitutionell zu regieren, ein Gebot der Pflicht und der innigsten Ueberzeugung ist. Sie hat freiwillig und gerne einem Rechte entsagt, dem des

unbeschränkten Regierens, welches ihr nach dem Wortlaute der Verfassung zustände. Sie hat damit, daß sie Dies nicht gethan, ich wiederhole es, ein unumwundenes Geständniß abgelegt, daß es ihr mit den verfassungsmäßigen Zuständen ernst ist, und sie ihre ganze Thätigkeit der Ausbildung der Verfassung, wie jetzt, so auch in der Zukunft weihen wird. Ich glaube aber auch, daß für die Sache selbst dieser Schritt entscheidend ist, weil ich die innige Ueberzeugung habe, daß eine offene Darstellung der Finanzzustände und eine umsichtige Prüfung derselben auch in den meisten Kreisen nur Vertrauen in die Zustände des Reiches erwecken wird. Man lerne eine Krankheit kennen, und man wird die Mittel finden, sie zu heilen. (Bravo.) Man verschließe sich nicht der klaren Prüfung eines Uebels, und man wird in der Lage sein, demselben kräftig entgegenzutreten zu können; daher bin ich der Ueberzeugung, daß eine offene und unumwundene Prüfung der Finanzvorlage schließlich dahin führen wird, die Mittel zur Heilung der Schäden zu entdecken. Unsere Nachbarstaaten werden der Ueberzeugung Raum geben müssen, daß es mit Oesterreich nicht so übel ist, als man meint, daß Oesterreich kräftig bestehen wird, wenn es nur kräftig bestehen will. (Lebhafter Beifall links und im Centrum.)

Ich habe dieser kurzen und gedrängten Darstellung nur noch die Bemerkung beizufügen, daß die Regierung es freudig begrüßen wird, wenn Sie dem Antrage des Ausschusses beitreten, ich kann Sie nur bitten, Hand an das Werk zu legen, es zu fördern mit allen ihren Kräften, und ich glaube die innige Ueberzeugung ausdrücken zu dürfen, Sie werden sich damit den Dank Ihrer Mitbürger, den Dank Ihres Vaterlandes verdienen. (Lebhaftes Bravo links und im Centrum.)

Nachdem Graf Clam-Martiniß nochmals das Wort ergriffen, um bemerklich zu machen, daß er nicht von einer Masse von Urwählern, sondern von der staatsrechtlichen Repräsentanz, des Königreiches Böhmen gewählt sei, bezeichnet der

Berichterstatter Dr. Giska den Standpunkt seiner Partei, welche die eben gehörten Reden schweigsam hingenommen hätte, weil sie diesem Resultat eben nur wieder Negation entgegensetzen könnte und befürwortet den Ausschußantrag unter sämlichem Beifall der Linken.

Präsident bringt hierauf den Antrag des Grafen Clam-Martiniß zur Abstimmung und bleibt derselbe in der Minorität. Bloß die Rechte stimmte fast vollständig dafür. Hierauf wird der Ausschußantrag mit großer Majorität angenommen. (Von der Rechten stimmten für den Ausschußantrag: Krassa, Pjubiša, Loman, Obst.)

Es wird nun zur Wahl der 48 Mitglieder des Finanzausschusses geschritten.

Die Sitzung wird am 2 Uhr 15 Minuten unterbrochen. Um halb 5 Uhr wurde die Sitzung wieder aufgenommen.

Es sind 136 Stimmzettel abgegeben worden. Zur Majorität sind 69 Stimmen erforderlich gewesen. Es erschienen 42 mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt und zwar die Herren Alberti (132), Bachofer (134), Bendella (102), Broška (100), Dr. Brinz (86), Doblhoff (108), Wilh. Eder (109), Baron

Eiselsberg (74), Girardelli (124), Dr. Giska (114), Gschwiger (97), Graf Harig (118), Dr. Herbst (94), Eder v. Hovsen (125), Frhs. v. Kolchberg (78), Dr. Krassa (71), Kuziemski (69), Liebzig (116), Dr. Litwinowicz (121), Pohninger (93), Baron v. Pillersdorf (129), Dr. Prajaf (86), v. Puper (111), Riese-Stallburg (108), Dr. Ryger (82), v. Reßborn (109), Schindler (81), Schlegel (110), Skene (111), Stamm (76), Stark (124), Steffens (79), Szabel (121), Tschek (98), v. Tintl (77), Graf Brinz (86), Weinisch (70), Winterstein (113), Dr. Wiser (117), Wohlwend (100), Graf Wrba (95), v. Wurzbach (122). Die nächst meisten Stimmen erhielten die Herren: Baron Ingram (68), Kirchmayer (67), Graf Razuchelli (65), Dr. Demel (65), Dr. Doubel (63), Dr. v. Hasner (63), Pummerer (63), Tschabuschnigg (61), Eiser (60), Grodelski (59), Dr. Nieger (59), Graf Glaspach (55), Graf Potocki (55), Graf Rothkirch (52). Die übrigen Stimmen zerstückelten sich unter 40.

Da Dr. Prajaf ablehnt, erklärt der Präsident:

Es sind also noch 7 Mitglieder zu wählen. Ich bitte die Herren Abgeordneten, die Wahlzettel zu schreiben.

Nach einer kleinen Pause werden die Stimmzettel abgeammelt. Präsident beantragt, daß die nächste Sitzung morgen 11 Uhr stattfinden soll und schlägt als Gegenstand der Tagesordnung die Entgegennahme der Wahlergebnisse und die Frage wegen des nächsten Sitzungstages und wegen Auberäumung der Weihnachtsferien vor.

Schluß der Sitzung: 5 Uhr 30 Minuten.

Sitzung am 19. Dezember.

Vorsitzender: Präsident Dr. J. Hein.

Auf der Ministerbank die Herren: v. Plener und Kaiser.

Nach Belesung des Protokolls erhebt sich Abg. Dr. Smolka, um eine Einwendung gegen die Art zu erheben, in welcher das Resultat des Skrutiniums zu Protokoll gegeben wurde. Nach seiner Meinung hätte ausdrücklich angegeben werden sollen, welche Mitglieder abwesend waren, und welche sich absichtlich an der Abstimmung nicht betheilig haben. Die bloße Angabe der Zahl der abgegebenen Stimmzettel scheint ihm nicht genügend.

Der Präsident erklärt, daß der von dem Abg. ordnete Dr. Smolka verlangte Vorgang geschäftswidrig sei.

Das weitere Resultat des Skrutiniums wird verkündet. Von 126 abgegebenen Stimmen erhielten die Abgeordneten: Graf Razuchelli 105, Ritter von Hasner 103, Dr. Demel 81, Dr. Doubel 78, Pummerer 65, Baron Ingram 68, Tschabuschnigg 65.

Die eingelaufenen Petitionen werden dem Hause inhaltlich mitgetheilt.

Prof. Conu, Leiter des stenographischen Bureau, richtet eine Eingabe an das Präsidium, worin er dem Finanzausschusse seine Dienste als Stenograph unentgeltlich anbietet. Diese Eingabe wird dem Finanzausschusse zur Erledigung überwiesen.

Der Präsident beantragt, die nächste Sitzung auf den 4. Februar 1862 festzusetzen, und als Gegenstand der Tagesordnung den Bericht des Ausschusses

Fenilleton.

Laibacher Plaudereien.

(Grün oder weiß? — Große und kleine Kinder — Eine Weihnachtswanderung — Schaufenster mit Gas — Förderung des Aberglaubens — Aus dem Theater.)

Der Schmutz ist eine erlogene Reinlichkeit, sagt Göthe — namentlich, wenn er mit Regen gemengt niedergeht, setzen wir hinzu. Es scheint, als sollten wir in diesem Winter nicht einmal diese erlogene Reinlichkeit haben. Weihnachten steht dicht vor der Thüre, und noch trägt die Erde das weiße Gewand nicht. „Grüne Weihnachten, weiße Ostern“, sagt ein Sprüchwort; was ist natürlicher, als daß wir für Weihnachten temps neigeux wünschen, und wäre es nur — der erlogenen Reinlichkeit halber. Indessen, grün oder weiß, wir werden das Fest feiern, wie es kommt.

Zu Weihnachten gibt es keine Menschen mehr, sondern nur Kinder — große und kleine Kinder. Es genügt eine mäßige Beobachtungsgabe, um das zu erkennen. Während die Kleinen sich auf den Christbaum, auf den Glanz der Lichter, auf das Tausenderlei von Spielzeug freuen, freuen sich die Großen auf die geselligen Vergnügungen und auf so manches Geschenk, das ihnen von besreundeter Hand zukommen wird. Nicht der pekuniäre Werth der Geschenke ist es, der die Erwartung anregt und die Freude

weckt, sondern die Bezeugung der Freundschaft, der herzlichen Zuneigung macht die kleinste Gabe werthvoll. Mit welcher Ungeduld blickt so manches große Kind auf die Serviette, unter welcher es eine Stickerie von lieber Hand vermutet; mit welcher Hast reißt ein anderes ein Paquet auf, in welchem es einen längst gehegten Wunsch realisiert zu sehen hofft; mit welchem Dankesblick empfängt ein drittes das unbedeutende Etwas, welches ihm von einer Seite geschenkt wird, von der nichts erwartet wurde. Die großen Kinder interessiert es meist nur zu wissen, ob man ihrer gedacht hat; sie erhalten und geben Geschenke, die in ihrer Art zarte Anspielungen auf Dinge enthalten, welche man nicht mit trockenen Worten sagen will, und die doch einem halben Bedürfniß entgegenkommen.

Und diese Bedürfnisse sind Eglon, das haben wir, als wir einen Gang durch die Stadt machten und verschiedene Verkaufsgewölbe in Augenschein nahmen, in denen die zu Festgeschenken für große und kleine Kinder sich eignenden Gegenstände ausgestellt waren. Man darf nur auf dem Hauptplatze beim „Fürsten Wilosch“ eintreten, und hundert von Nipp- und Toiletten-Gegenständen, Rauchrequisiten, Täschchen und Fläschchen, Kästchen und Quäschen einem sofort in die Augen und rufen uns gleichsam zu: kauf mich! — Ja, guten Morgen! Wir bezwüngen uns Eins oder das Andere zu wählen, — natürlich von den neuen Goldwaren, die jetzt so beliebt sind, weil sie eine Täuschung enthalten. Man nennt sie darum — modern. Der Schein trägt, sagt man, und doch gibt man sich ihm gerne hin, und zwar um

so lieber, je kürzer er währt. Einen Regenbogen, der einen ganzen Tag am Himmel stünde, würde zuletzt Niemand mehr ansehen.

Zu den Stoffen, die sich am besten zu Geschenken für das schöne Geschlecht eignen, gehört der Seidenstoff. Dem Seidenstoff kann kein weibliches Herz widerstehen, und die sprödeste Schöne kann man mit ein Duzend Ellen desselben „seidenweich“ machen. Lebten wir noch im Heidenthum und hätten den Thierdienst, unsere Damen würden der „Bombyx mori“ göttliche Verehrung bezeigen. Schöne Seidenstoffe haben wir in einigen Auslagen am Hauptplatze; am glänzendsten erschienen sie in den vom Gaslicht wäglich erleuchteten Schaufenstern der Warenhandlungen „zum Anker“ und bei „Leskovic“. Oesterreich, Italien und Frankreich haben ihre besten Produkte hier ausgestellt, und es bedarf nur eines tiefen Griffs — in das Portmonney und das prachtvollste Seidenkleid ist dein, liebe Leserin. Aber auch andere Stoffe mit farbenprächtiger Zeichnung in den schön droptirten und elegant ausgestellten Schaufenstern fesseln die Augen der Vorübergehenden und machen die Kauf- und Schenklust rege. Auffällig ist, daß nicht mehr Schaufenster und Auslagen mit dem, farbigen und glänzenden Stoffen so günstigen Gaslicht beleuchtet sind. Wir sahen auf unserem Gange, wenn wir uns nicht irren, außer den genannten beiden Handlungen, nur noch bei der neuen Eisenwarenhandlung Bollmar's am Hauptplatze, bei der Huthandlung Voltmann's in der Sternallee und bei dem Puzwarengeschäft Stöckl's in der Theatergasse, Schaufenster mit Gas beleuchtet, was wohl auch ein Beweis ist, daß man dem Gas

ses über §§. 21, 22, 23 des Preßgesetzes, die No-
volle zum Strafprozeß und den Gesetzentwurf über
das Strafverfahren in Preßsachen.

Abg. Prof. Herbst bringt einen Gegenantrag
ein, das Haus möge sich bloß bis zum 15. Jänner
vertagen. Er sucht zuerst die Gründe zu bekämpfen,
welche für eine längere Unterbrechung vorgebracht
wurden. Man kann nicht annehmen, daß der Finanz-
Ausschuß bis zum 4. Februar seine Arbeiten vollendet
haben werde. Die persönlichen Rücksichten, als
Erholung, Ordnung der Geschäfte und häuslichen
Angelegenheiten, könnten für den Finanzausschuß gel-
tend gemacht werden. Man möge erwägen, daß der
Finanzausschuß aus dem vierten Theil der Versammlung
bestehe. Ueberdies werde es dem Hause an
vorbereiteten Vorlagen nicht mangeln, da sehr wichtige
Gesetzentwürfe, das Gemeindegeseß, das Straf-
verfahren in Preßsachen u. s. w. die Behandlung des
Hauses erwarten. Besonders wäre es für den Finanz-
Ausschuß, in welchen nothwendigerweise nicht alle Kapazitäten
der Versammlung gewährt werden könnten,
sehr ersprießlich, wenn die Plenarsitzungen früher
stattfinden, damit sich die einzelnen Ausschußmitglieder
mit den nichtgewählten Fachmännern des Hauses
berathen könnten. Das Publikum würde es auch
nicht günstig aufnehmen, wenn der Reichsrath, nach-
dem er sechs Wochen gelagt, eine längere Unterbrechung
beschließen würde, als die Sitzungsperiode gedauert
habe.

Präsident verteidigt seinen früheren Antrag, da
derselbe, wie er sich aus Privatgesprächen versichert
habe, dem Wunsche des größten Theiles der Mit-
glieder des h. Hauses entspreche, und man auch der
Regierung Zeit lassen müsse, Vorlagen für die Land-
tage vorzubereiten.

Abg. Graf Hartig spricht gegen den Antrag
des Prof. Herbst. Man möge auf die Abgeordneten
griechischer Konfession Rücksicht nehmen, deren Feiertage
erst am 16. Jänner beginnen.

Prof. Herbst wendet dagegen ein, daß auch
im Finanzausschuße drei Mitglieder des griechischen
Klerus beschäftigt seien, welche doch mehr Berücksichtigung
verdienen würden.

Abg. Baron Ingram findet es ungerecht, daß
der Finanzausschuß eine so große Arbeit unternehmen
solle, während die übrigen Abgeordneten feiern.
(Unruhe).

Minister Lasser erklärt, daß das Gemeinde-
Geseß die Arbeiten des Hauses nicht sehr in Anspruch
nehmen würde, obwohl der betreffende Ausschuß des
Herrenhauses noch keinen Entschluß gefaßt habe. Uebri-
gens wäre eine längere Unterbrechung der Sitzung
auch für die Regierung wünschenswerth.

noch nicht die volle Bedeutung zuerkennet. Auch in
dem letztgenannten Geschäft finden Käufer, welche
Damen Christgeschenke machen wollen, eine reiche
Auswahl von Puz- und Modegegenständen. Wir be-
neiden die Käufer nicht, denn — wer die Wahl hat,
hat die Qual.

Eine Wahl, die kürzlich stattfand, hat manchen
Leuten auch viel Qual gemacht. Es war die Wahl
von Lotto-Kommissaren. Dem Anlaß dazu bot — die
Hinrichtung der beiden Verbrecher. Und wieder hat
der Zufall seine Loune wolten und mehrere Ternen
gewinnen lassen. Natürlich hat der Aberglaube damit
wieder neue Nahrung erhalten. Was soll man dazu
sagen? Man schweigt und denkt mit dem Dichter:
mit der Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens.

Schließlich noch ein Paar Worte über unser
Theater; wir würden gern mehr sagen, wenn der Ge-
genstand nicht gar so trocken wäre. Daran ist ein-
mal das Repertoire schuld; es bringt wenig Interes-
santes, und bringt es ja einmal etwas Neues, so
langt es nicht viel oder verliert durch die Darstellung.
„Frau Satan“, von Schlichta, welches Stück Hr.
Bocklet zu ihrem Benefiz gab, ist ein so ungeheuer-
liches, abgeschmacktes Machwerk, daß es bei dem
Reichthum unserer Bühnen-Literatur unbegreiflich ist,
wie derlei Zeug noch austauschen kann. „Zerstören
und Aufbauen“ ist ein ganz nettes Lustspiel, das rasch
und mit Geist gespielt, eine Wirkung haben muß.
Leider ging es sehr langsam und langsam, die Rollen
waren nicht ordentlich memorirt, der Mann „im Kä-
sten“ hatte Noth, die Darsteller vorwärts zu bringen.
Unter solchen Umständen muß das beste Stück durch-
fallen. Herr Schlatter gab wieder zu seinem Be-
nefiz das von ihm verfaßte Stück „Hanns von Gals-
enberg“; wir hätten gewünscht, daß er unsere Winke
benützte und jene angedeuteten Aenderungen daran vor-
genommen hätte, welche dem Stücke zum Vortheil
gereichen müssen. Wie wir vernehmen, wird Herr
Stelzer mit Weihnachten seine Triester Gesellschaft
auflösen und mit den besten Kräften die Lücken hier
ausfüllen. Wir rathen ihm dann freundlichst dafür
Sorge zu tragen, daß das Repertoire interessant, und
die Regie energisch werde, damit wir mit Lust das
Theater besuchen, auch wenn es noch so kalt dar-
innen würde!

Der Antrag des Präsidenten wird angenommen,
und die nächste Sitzung auf den 4. Februar 1862
festgesetzt.

Schluß der Sitzung 12 Uhr 20 Min.

Rede

des Finanzministers v. Plener

in der

Sitzung des Abgeordnetenhauses v. 17. Dez.

(Fortsetzung.)

Ich gebe nunmehr auf das Jahr 1862 über
und schreite zu dem bei weitem wichtigsten Theil mei-
ner Aufgabe, nämlich zur Besprechung und Einbrin-
gung des Staatsvoranschlages für das gedachte Jahr.
Die erste Frage, die, wie mir scheint, in Betreff des
Voranschlages an mich gestellt werden kann, und die
ich dem h. Hause zu beantworten habe, ist wohl die:
Auf welchen Grundlagen und Voraussetzungen beruht
das Zifferwerk des zusammengestellten Voranschlages?
Der Voranschlag besteht aus zwei Theilen, aus dem
Erfordernisse und der Bedeckung.

Das Erforderniß umfaßt drei wesentliche Bestand-
theile: 1. Den Aufwand für die Zivilverwaltung nebst
Hofstaat und oberster Zentralkleitung; 2. den Militär-
Etat (nebst Marine) und 3. die Staatsschuld. Ich
bespreche zuerst die Staatsschuld. In Betreff dieser
kann es keinem Zweifel unterliegen, daß, sowie es
stets bisher gehalten wurde, die getreue Nachweisung
des wäherlichen Bestandes auf Grund der Staatsschulden-
hauptbücher, der Inhalt der pünktlich eingehenden
Anlehensbestimmungen in Bezug auf die im
Jahre 1862 zu leistende Verzinsung und Schuldentil-
gung, kurz die evident gestellte Jahresforderung der
Staatsschuldner das Objekt für diese Abtheilung des
Voranschlages liefern mußte.

Die gesammte Staatsschuld (fundirte und schwebende)
mußte als eine ungetheilte und untrennbare
Gesamtschuld des Reiches im Auge behalten werden,
und es ist dieser Standpunkt weder durch das Okto-
ber-Diplom noch durch die Februar-Verfassung auch
nur im geringsten verrückt, sondern vielmehr befestigt
worden. In Betreff der Staatsschuld kann das Bud-
get in seinen Grundlagen mehr oder weniger auch
als ein fixes oder Normal-Budget bezeichnet werden,
indem die jährlichen Zuwächse oder Abfälle sich aus
den regelmäßig abwechselnden Tilgungs-Modalitäten,
aus präliminirter Begebung von noch nicht bezogenen
Resten von Anlehen, oder aus der Auflage neuer An-
lehen und der voraussichtlichen Zu- und Abnahme der
flottanten Schuld ergeben und darstellen lassen.

Was den Militär- und Marine-Etat anbelangt,
so gilt hievon im Punkte der Unveränderlichkeit und Ein-
breitlichkeit des diesjährigen Gesamtaufwandes das in
Betreff der Staatsschuld Gesagte im vollsten) ganz
gleichen Maße. Ich hätte sowohl in Betreff der Mi-
litär- als der Zivilverwaltung es für wünschenswerth
betrachtet, sogenannte fixe Normal-Budgets in Antrag
bringen zu können, wonach für die künftigen Finanz-
perioden, mit Festhaltung der fixirten Etatsziffer, nur
die durch besondere Verhältnisse bedingten wandelbaren
Mehransforderungen zur Verhandlung zu bringen
sein würden. Bei der Landarmee kommt das auf den
Friedensstand basirte Präliminare einem reellen fixen
Budget nahe. Bei der Marine ist der Aufwand wohl
ebenfalls nach dem Friedensstande präliminirt; mit
Hinblick auf den Entwicklungszustand aber, in wel-
chem sie sich befindet, konnte derselbe die Stellung
eines förmlichen fixen Präliminars im obigen Sinne
nicht statuiren. Bei der Zivilverwaltung stellt sich
die Unfertigkeit der inneren Zustände zunächst heraus.

Wie dem h. Hause bekannt ist, soll ein neuer
politischer, ein neuer Gerichtsorganismus geschaffen,
es soll die Trennung der Justiz von der Administra-
tion durchgeführt, es soll die Organisation der Ge-
meinden ins Leben gerufen werden und an autonome
Organe ein nicht unbedeutender Theil an den bisher
von landesfürstlichen Organen besorgten Geschäften
der öffentlichen Verwaltung übergeben; alle diese
Maßregeln sind aber noch nicht realisiert und es fehlen
jedemfalls noch die sicheren Anhaltspunkte für die Ziffer-
bewertung ihres künftigen Aufwandes. Ich war
demnach genöthigt, den Aufwand der politischen und
Justizverwaltung in den nicht-ungarischen Kronländern
nach dem gegenwärtig bestehenden Organismus für
das Verwaltungsjahr 1862 in Ansatz bringen zu las-
sen; bei der politischen Verwaltung ließ ich den Ent-
wurf des künftigen Organismus mit dem entsprechen-
den Kosten-Etat, zur allfälligen Benützung und An-
stellung von Vergleichen, aufnehmen. Hier finde
die Bemerkung ihren Platz, daß das Budget der Zu-
kunft eine wesentlich verschiedene Einrichtung von der
gegenwärtigen wird haben müssen, und daß die im
Oktober-Diplome und in der Februar-Verfassung für
die Wirkungskreise in Bezug auf Gesetzgebung gezo-
genen verschiedenen Linien auch für die damit ver-
bundenen Organisations- und Etat-Systemisirungen

maßgebend sein und die Nothwendigkeit einer genaue-
ren Begriffsbestimmung für das allgemeine Reichs-
Budget hervortreten werden.

Diese und ähnliche für ein künftiges Normal-
Budget beachtenswerthe Betrachtungen konnten jedoch
bei der Zusammenstellung des Voranschlages für das
Verwaltungsjahr 1862 noch nicht zur Geltung kom-
men, und ich mußte mich zur Vermeidung trügeri-
scher Konjunkturen an den vorhandenen Stand des
bestehenden Verwaltungs-Organismus und dort, wo
derselbe einer neuen, aber noch nicht seitigen Einrich-
tung Platz gemacht, an den bis dahin bestehenden
Aufwands-Etat halten und hierauf das Präliminare
stellen. Was die innere Einrichtung des Voranschla-
ges betrifft, so habe ich denselben zur Vermittlung
eines schnelleren und leichteren Verständnisses mit er-
läuternden Bemerkungen versehen; namentlich gilt
dies von den zur Bedeckung gehörigen verschiedenen
Einnahmszweigen, über deren mehrere besondere
Denkschriften verfaßt wurden, welche die Beschaffen-
heit und Zweckmäßigkeit einiger Steuergattungen nä-
her besprechen und durch tiefer gehende Erörterungen
die Unausführbarkeit der Abschaffung und Erzeugung
mancher bestehenden Besteuerungsarten durch andere
(was namentlich von dem Tabakmonopol gilt) mit
fachlicher Begründung vorzutun versuchen. In Be-
treff der Reform der direkten Besteuerung habe ich
bereits in der sechsten Sitzung des h. Hauses die
Umrisse des Steuerprojektes und die von der Finanz-
verwaltung getroffenen Einleitungen mitgetheilt, daher
ich mich darauf hier mit dem Bemerkten berufe, daß
die gegenwärtigen inneren Verwaltungszustände zur
Durchführung der den Organismus der Gemeinden
und der politischen Verwaltung so nahe berührenden
Veränderung des Steuersystems nicht geeignet er-
scheinen.

Was nun das Wesen und den Inhalt des
Staatsvoranschlages für das Verwaltungsjahr 1862
betrifft, so stellen sich die Haupt-Positionen folgend
beraus:

Das Erforderniß der Zivilverwal- tung nebst allerb. Hofstaat und oberster Zentralkleitung mit	fl. 99,755,000
Etat des Militärs und der Marine	108,476,000
Die Zinsen der Staats- schuld mit	106,237,000
Schuldentilgung mit	18,300,000
mithin das gesammte Jahresbudget der Staatsschuld mit	124,537,000
Werden ferner die Auslagen für Sub- ventionen, Zinsgarantien, Kapi- talanlagen, dann Münz- und Wechselverlust (letzterer allein mit 11,550,000 fl.) zusammen mit	21,818,000
hinzugeschlagen, so stellt sich die Ge- sammtsumme des Erfordernisses mit	354,586,000
In der Bedeckung erscheinen:	
Die direkten Steuern mit	105,640,400
Die indirekten Abgaben mit	176,560,700
Die Einnahmen von Staatsbeigen- thum, dann Berg- und Münz- wesen mit	7,474,500
endlich verschiedene andere Einnah- men mit	6,924,200
wonach sich die Gesamtsumme der Bedeckung mit	296,599,800
und aus der Vergleichung derselben mit der Gesamtsumme des Erfor- dernisses von	354,586,000

ein Abgang von 57,986,200
ergibt.

Die Gesamtsumme des Erfordernisses beruht,
wie ich bereits erwähnt habe, auf der Basis gegebener
Größen, auf dem Vorhandensein der That-
sachen, auf den Bedürfnissen der bestehenden staat-
lichen Einrichtungen und Verpflichtungen. Es kann
daher von einer wesentlichen Reduzierung für das be-
reits begonnene Verwaltungsjahr wohl kaum eine
Rede sein.

Eine Verminderung des bisher mit 57,986,200 fl.
bezeichneten Defizits läßt sich nur von den künftigen zu
ermöglichten Ersparungen im Zivil- und Militär-
Etat und von dem durch Herstellung der Valuta be-
dingten Wechsel der bedeutenden Rubrik des Münz-
und Wechselverlustes, von der Verbesserung des Sys-
tems der direkten Besteuerung nach dem Reformplane
und von der mit den volkswirtschaftlichen Zuständen
erfahrungsgemäß fortschreitenden Steigerung der in-
direkten Abgaben erhoffen.

Das bisher besprochene Defizit von 57,986,200
Gulden ergab sich aus der Vergleichung der system-
mäßig bestehenden Verwaltungs-Auslagen, des Frie-
dens-Etats bei dem Militär und der Marine und der
regelmäßig laufenden Staatsschuldverzinsung und
Kapitaltilgung und anderer normirten Auslagen mit
der Gesamtsumme der Staatseinnahmen. Es tritt
jedoch die Betrachtung hinzu, daß das hiebei mit 100

Mill. bezifferte Erforderniß der Landarmee für die durch die gegenwärtige politische Lage und den erforderlichen Schutz der Reichsgrenzen erforderliche verstärkte Aufstellung das Auslangen nicht gewährt, daher auch den namentlich beanspruchten und flüssig gemachten Dotationen nicht mehr entspricht.

Vielmehr wird zur Befestigung der aus dem vorigen in das laufende Verwaltungsjahr übergegangenen verstärkten Militäraufstellung und für den Fall ihrer während des ganzen Jahres 1862 andauernden Nothwendigkeit ein eventuelles Jahresmehrereforderniß von 45 Mill. in Anspruch genommen.

Aus den gleichen Gründen und namentlich zum Schutze unserer Meeresküsten mußten auch in der Marine Anstrengungen gemacht werden, welche das Maß des in den Voranschlag aufgenommenen Etats überschritten und ein Mehrereforderniß von 7,200,000 fl. bedingen.

Bei dem friedliebenden und konservativen Charakter der Politik Oesterreichs, welche fern von jeder Aggression nur seinen rechtlichen Besitz zu schützen beabsichtigt ist, müssen diese beiden eventuellen Aufwandsposten als Mittel einer gesicherten Vertheidigung und als Bedingungen einer Achtung gebietenden Stellung ins Auge gefaßt werden, welche Oesterreich seiner Ehre, seiner Existenz schuldig ist, daher in der Anerkennung der Nothwendigkeit dieser Ausgaben die Ueberzeugung des h. Reichsrathes als eine gleiche mit jener der Regierung vorausgesetzt werden darf.

Die Vergrößerung des Defizits um die hier erwähnten zwei Posten von 45 Mill. und von 7,200,000 fl., zusammen 52,200,000 fl., trägt den entschiedenen Charakter eines außerordentlichen, durch außergewöhnliche Zustände hervorgerufenen vorübergehenden Aufwandes an sich, welcher mit der zum allgemeinen Bedürfniß gewordenen Befestigung friedlicher Verhältnisse hinwegfallen wird und sonach keineswegs als eine dauernde Last die österreichischen Finanzen in Anspruch nehmen soll.

(Fortsetzung folgt.)

Oesterreich.

Wien. Sr. k. k. Apostolische Majestät haben den Betrag von zweitausend Gulden als Unterstützung für die durch Feuer verunglückten Bewohner von Laas in Tirol allergnädigst zu widmen geruht.

Am 17. d. M. ist in Graz Sr. Erzellenz Ignaz Maria Graf von A t t e m s, Herrherr auf Heiligenkreuz und Lucenitz, Podgora, Balkenstein und Langenberg, Ritter des Ordens der eisernen Krone erster Klasse, Oberst-Gräblichamerer etc. etc., im 88. Lebensjahre gestorben.

„Ost und West“ theilt seinen Lesern mit, es sei mit der Aussicht auf eine Anzahl von Predigten erfreut, welche, da sie nur theilweise einzelne Thatsachen betreffen, gegen die föderalistische Tendenz unseres Blattes gerichtet sein sollen. Das Blatt erkennt darin die Absicht der Regierung, der föderalistischen Presse die Flügel zu beschneiden, und deutet an, daß es schlimmstenfalls in das Ausland übersiedeln wolle.

Verona, 16. Dez. Vorgestern Abends fand jenseits des Mincio, in der Nähe von Monzambano, hart an unserer Grenze, ein heftiges Scharamüßel zwischen neapolitanischen Soldaten und einer Abtheilung piemontesischer Carabiniert Statt. Vor einigen Tagen war nämlich das 7. italienische Infanterie-Regiment, welches größtentheils aus Neapolitanern zusammengesetzt ist, aus Mailand ausmarschirt und nach Genua verlegt worden, mit der Bestimmung, von dort bei Gelegenheit nach dem Neapolitanischen zur Theilnahme an der Unterdrückung des Aufstandes, respektive zur Bekämpfung der „Bilgianta“, dirigirt zu werden. Am Tage vor dem Ausmarsche desertirten über 40 Mann dieses Regiments, und trübten sich längere Zeit in der Poabardei herum. Ein Theil derselben zerstreute sich, der andere suchte die österreichische Grenze zu gewinnen. Vorgestern nun, gegen 6 Uhr Abends, stießen 23 Mann dieser Deserteure auf eine zu ihrer Verfolgung abgeschickte Abtheilung Carabiniert, ungefähr in derselben Stärke, höchstens ein Paar Mann mehr. Die Aufforderung der Carabiniert, sich zu ergeben, wurde mit Flintenschüssen beantwortet. Die Carabiniert erwiderten natürlich auf dieselbe Manner, und so entspann sich dean ein ganz artiges Plänklergefecht, welches über eine halbe Stunde anhielt. Das Resultat davon war, daß drei Neapolitaner und zwei Carabiniert todt auf dem Plage liegen blieben und auf beiden Seiten mehrere Verwundungen vorfielen, jedoch ein einziger Neapolitaner lebend in die Hände der Carabiniert gerieth. Die andern zerstreuten sich; Einigen gelang es, bei der eintretenden Dunkelheit zu entweichen, und Tausen glückte es, die österreichische Grenze zu überschreiten und sich als Deserteure zu melden.

Von Seite der piemontesischen Regierung werden die strengsten Maßregeln zur Unterdrückung der auf sie beunruhigende Weise einwirkenden Desertion in ihrem Heer verwendet. Längs der ganzen Po- und Mincio-Linie ist, lediglich zur Ueberwachung der

Desertion, ein Gorden gezogen, und außerdem durch Streifen zahlreiche Patrouillen den Grenzrich zwischen Po und Mincio. Die herübergegangenen Deserteure erzählten, daß sie sieben Mal nahe daran waren, die österreichische Gränze zu passiren, doch jedesmal auf Patrouillen stießen, und so in der Ausführung ihres Vorhabens gehindert wurden.

Bei dieser Gelegenheit können wir nicht umhin, die Behauptung italienischer Blätter, daß Oesterreich die Lücken seiner italienischen Regimenter durch solche Deserteure komplettire, auf das Allerbestimmteste als eine Unwahrheit zu bezeichnen. Diese Deserteure werden nach erfolgter Präsentirung mit Aufenthaltskarten nach bestimmten Wohnorten versehen und durchaus nicht affentirt. Eine Ausnahme von dieser Regel ist, unseres Wissens nach, nur bei einigen Unteroffizieren und Soldaten ehemaliger österreichischer Regimenter gemacht worden, welche bei der Abtretung der Lombardie an Piemont übergeben wurden, später aber desertirten und selbst um die Wiederaufnahme in die Reihen der k. k. Armee baten.

Italienische Staaten.

Neapel, 12. Dez. Die Eruption ist zwar seit vorgestern vorüber, doch hat sich die Hoffnung, daß nun auch die Erdbeben ein Ende haben würden, leider nicht bestätigt. Viele der schon durch die frühern Erschütterungen stark beschädigten Häuser konnten den neuen nur am Fuße des Vesuvus verspürten Stößen nicht widerstehen, und stürzten gesein zusammen. Torre del Greco, welches am 8. und 9. wie durch ein Wunder, der Zerstörung durch die Lava entging, wird, wie es scheint, jetzt vom Erdbeben in einen Trümmerhaufen verwandelt werden. Auch von dem nahe bei Resina gelegenen k. Lustschloß „Favorita“ ist ein Theil zusammengestürzt. Da die Eisenbahnbrücke so stark beschädigt ist, daß sie einer langwierigen gründlichen Reparatur bedarf, und da auch die Schienen an mehreren Stellen vom klaffenden Erdspalten auseinandergerissen sind, so mußte die Eisenbahn ihre Fahrten vorläufig einstellen. Um eine regelmäßige Verbindung mit Castellomare zu erhalten, hat die Marine einen Dampfschiffabridienst, bei welchem die Reisenden unentgeltlich befördert werden, eingerichtet. Wie am Wasserstand leicht zu bemerken ist, hat sich der Erdboden in und bei Torre del Greco um etwa einen Fuß emporgehoben. Der Hauptkrater hat nach der Eruption eine ganz neue Gestalt angenommen. Auf der Spitze des Berges, wo früher eine Ebene, in dieser Ebene der große Krater, und in diesem wieder an der einen Seite die eigentliche Oeffnung von nur 15 oder 20 Fuß Durchmesser war, ist jetzt ein riesiger, mehrere hundert Schritte breiter Schlund, dessen Boden man durch den verständig aufsteigenden Qualm bisher noch nicht gewahren konnte. Das Zusammenbrechen der Häuser und das Fortdauern der Erdschöße geben zu der Befürchtung Anlaß, daß noch eine zweite Eruption der ersten bald folgen werde.

Vermischte Nachrichten.

Laibach. Heute Abend wird Sr. Majestät der Kaiser, auf der Reise nach Venedig begriffen, mit dem Schnellzuge hier eintreffen.

Der „Agr. Ztg.“ wird aus K o s t a n i c a, 18. d. telegraphirt: Heute 9 Uhr 20 Min. Vorm. wurde hier ein fürchtbares Erdbeben verspürt. Das Magistrate-, Zollamt-, Kontumaz-, und viele andere Gebäude und Kirchen erhielten hierbei Mauersprünge, viele Rauchfänge sind eingestürzt.

Der wegen des Verdachtes des an dem 7. jährigen Mädchen bei Mooskirchen verübten gräßlichen Mordes bisher beim Grazer Landesgerichte in Untersuchungshaft befindlich gewesene Franz N i g e r wurde in das Laibacher Zwangsarbeitshaus abgegeben.

Triest. Nobé R i c h a r d soll im Garten des Schlosses von Miramare eine Quelle aufgefunden haben. Bisher war das Schloß gedörrigt, von der Wasserleitung von Auresina das Wasser zu nehmen, und dieß kostete (die Speisung der Bassins mit inbegriffen) über 3000 fl. jährlich.

Eine eigenbühnliche Erscheinung tritt gegenwärtig in Wien zu Tage. Die Reblmessertinnen sind nämlich seit Kurzem in nicht unbedeutender Zahl mit einem Augenleiden befallen und wird als Grund zu

*) Wir müssen berichtigen, daß das Erdbeben hier ebenfalls am 18. d. M. Vormittag 9 1/2 Uhr gespürt wurde.

dieser Erscheinung die Qualität des heurigen Wehles, das in Folge des trockenen Sommers eine gewisse substanzielle Schärfe besitzen soll, bezeichnet.

„Juristische Gesellschaft“ in Laibach.

In dem Protokolle über die 3te Versammlung der juristischen Gesellschaft (Nr. 293 der „Laib. Z.“ pag. 1174) muß es sub Absatz 7 heißen:

„Hierauf trug der Herr k. k. Bergkommissär Ritter v. F r i t s c h eine wissenschaftliche Abhandlung „über die Grundzersetzung in Krain vom Standpunkte der Empirie“ etc.

Laibach 20. Dezember 1861.

Vom Präsidium der juristischen Gesellschaft.

N a c h t r a g.

Wien, 19. Dezember. In der heutigen Herrenhausung theilte Staatsminister Schmerling die Budgetvorlage mit. Hattig's Antrag, die Bereitwilligkeit zur Budget-Verhandlung auszusprechen, und die ständige Finanzkommission auf 20 Mitglieder zu verstärken, wurde angenommen.

Wien, 19. Dezember. Laut eingelangter offizieller Meldung wurde den von Osman Pascha aus Vibod zur Gegenbegrißung des Vans von Kroatien nach Agram abgeordneten türkischen Offizieren Fazly Pascha und Kauf Bey vor deren Abtheilung von einer ungenozogenen Nothe und bevor noch die vorbereiteten Sicherheitsorgane es verhindern konnten, gestern Abends eine Ragenmusik gebracht, worauf sich der Pöbel schnell wieder verließ.

Nachdem sogleich die strengste Untersuchung gegen die Unrubelister eingeleitet wurde, begab sich heute der ad latus des eben von Agram abreisenden Vans und kommandirenden Generalen FML. Freih. v. Schlitter in Begleitung des General-Kommandanten Adjutanten und eines Dolmetsch zu Fazly Pascha, um demselben das lebhafteste Bedauern über diese unerwartete Rubestörung mit dem Beifügen auszudrücken, daß die Theilnehmer derselben der verdienten strengen Ahndung werden unterzogen werden.

Warasdin, 18. Dezember. Das Komitat hat die Rekrutirungsvornahme unter Verwahrung und eine Repräsentation um Einberufung des Landtages, dann gegen den Einfluß nichtkroatischer Regierungsmänner beschlossen. Bedekovic, Horvath und Knetic haben resignirt.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Genua, 18. Dezbr. Der „Corriere mercantile“ konstatirt, daß zwischen Garibaldi und der Majorität des „Comitato“ in Genua eine Spaltung eingetreten sei, indem die Majorität keine höhere Autorität als jene Garibaldi's anerkennt.

Paris, 19. Dezember. Der preuß. Gesandte v. Pourtalés ist gestern Abends hier gestorben.

Im Bulletin des „Moniteur“ werden die Gerüchte von Ministerveränderungen auf das Bestimmteste dementirt.

London, 19. Dezember. Das falsche Gerücht vom Tode Palmerstons hat gestern große Bestürzung erregt. Lord Palmerston, welcher an der Wicht gelitten, befindet sich gegenwärtig besser.

Haag, 18. Dezember. Die Kammer hat das Budget der inneren Verwaltung, aus dessen Annahme das Ministerium eine Frage des Vertrauens gemacht hatte, mit 37 gegen 33 Stimmen verworfen.

Stockholm, 19. Dezember. Der neue finnländische Gouverneur, General Koskowsk, hat offiziell erklärt, der Kaiser werde den vollständigen finnländischen Reichstag einberufen, sobald der im Zänner zusammentretende Ständeauschuß geschlossen wird. In Folge dessen hat Helsingfors illumirt. Die Aufhebung der Zensur wird erwartet.

Theater.

Heute, Samstag: Am Allerseelentag, Volksstück in 3 Akten, von Hausmann.

Morgen, Sonntag: Große Wohlthätigkeits-Akademie. Das Lied von der Glocke, von Schiller. Mit Musik dramatisch in Szene gesetzt von Pindpaintner. In 7 großen lebenden Bildern dargestellt nach dem Arrangement des k. k. Hofschauspielers und Regisseurs Hrn. E. Löwe.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Tag	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in P. L. auf 0° R. reduziert	Lufttemperatur nach Reaumur.	Wind	Witterung	Niederschlag binnen 24 Stunden in Pariser Linien
17. Dez mber	6 Uhr Morg.	323.54	- 1.6	Gr. NW.	schwach	
	2 „ Nachm.	323.79	+ 5.2	„ N.	delto	
	10 „ Abd.	325.11	+ 2.2	„ N.	delto	0.00
18. „	6 Uhr Morg.	323.38	+ 0.8	Gr. W.	schwach	
	2 „ Nachm.	322.54	+ 5.6	SW.	delto	
	10 „ Abd.	322.00	+ 4.0	„ SW.	delto	4.86